

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Morgen-Ausgabe

für Anhalt und Thüringen

Jahrg. 217 Nr. 114/169

Bezugspreis: monatlich 3,40 Schmar. — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Briefkägen und allen Anzeigenstellen entgegen.

Halle-Saale

Anzeigenpreis:

Geheimes Halle-Saale: 61/82, Fernamt Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktions 5608 und 5610. — Postfachkonto Leipzig 50 512.

Sonnabend, 19. Juli 1924

Geheimes Berlin: Bernburger Str. 30, Fernamt Amt Kurfürststr. 6290, eigene Berliner Schriftleitung. — Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Der Sanftionsgeist in London

Die Bedenken der Deutschnationalen

Ein wichtiger Tag in London

London, 18. Juli.

„Daily Telegraph“ berichtet, daß das zweite Komitee heute vormittag um 11 Uhr zusammentrat. Die französisch-englische Meinungsverschiedenheit in der Frage der Durchführung des Reparationsplanes unter dem Vorsitz Robert Bindersleys im vergangenen Tag der Inhaftierung des Sachverständigenvertrages, wahrscheinlich den 15. August. Das Wort will wissen, daß die Franzosen im allgemeinen der Auffassung abgeneigt seien, daß die Inhaftierung von Reparationsleistungen nicht mit der Einleitung der Devisen für Anfang nächster Woche.

bedienlichen Vorteil im kommenden Wahlkampf besitzen werde, wenn der Plan ihres Vizepräsidentenwahlkandidaten so erfolgreich sein würde, um Europa auf den Weg der Erholung zu bringen.

Man macht kein Geheimnis daraus, daß der amerikanische Staatssekretär gleich bei seiner Ankunft in London in klärender und enger Fühlung mit dem Reichsminister Kellogg und den Obersten Logan sein werde. Er wird in England in seiner Eigenschaft als Präsident der Vereinigung amerikanischer Rechtsanwältinnen, aber vor allem in der Stellung, die er als ausführendes Organ der amerikanischen auswärtigen Politik zukommt.

Frankreich gegen eine Einladung Deutschlands

London, 18. Juli.

Das Problem, das mit Deutschland verhandelt werden soll, hat bisher auch zu Verhandlungen in den englisch-amerikanischen und französischen Anhängen Anlaß gegeben. England und Amerika hoffen, daß es im Laufe der nächsten Woche möglich sein könnte, eine deutsche Delegation nach London kommen zu lassen, um mit ihr das von Deutschland und den Alliierten zu unterzeichnende Protokoll fertigzustellen. Die Franzosen halten eine Einladung Deutschlands für „überflüssig“. Sie versuchen, Rechtsgründe aufzuheben, die die Anwendung des Dawes-Planes nicht weiter abweisen, als die einseitige Festsetzung von neuen Ausfuhrbestimmungen auf der Reparationskommission des Friedensvertrages. Bringen sie bei der Kommission mit der Auffassung nicht durch, so werden sie in der Auffassung vertreten, daß Verhandlungen am konferenzmäßig nicht notwendig seien, sondern daß die einseitige Einwirkung auf dem Wege des diplomatischen Schriftverkehrs einzuwirken sei. Weniger wesentliche Reaktionsbestimmungen, welche solchen Bedenken Rechnung trügen, könnten auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen mit Berlin vorgenommen werden.

Ein amerikanischer Sachverständiger über die Anwendung des Dawes-Planes

Wien, 18. Juli.

Der Londoner Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ veröffentlicht eine Interzession mit einem amerikanischen Mitglied des Dawes-Komitees. Der Amerikaner betont, daß Amerika die sofortige Durchführung des Dawes-Planes wünsche, wie es die Sachverständigenberichte vorgeschrieben haben. Amerika könne sich auf nichts einlassen, was nicht dem authentischen Sinn des Dawes-Berichtes entspricht, und könne bei der Durchführung des Sachverständigen-Planes keinerlei politische Bindung an den Vertrag von Versailles oder seine Ergänzungen annehmen. Die Mitarbeit Amerikas bei der Durchführung des Dawes-Planes wird sich in der Konferenz darauf beschränken, die erforderlichen ersten Schritte für den Beginn der Durchführung des Dawes-Planes zum größten Teil selbst aufzubringen. Die erste Anleihe in Höhe von anderthalb Millionen Goldmark kann zweifelsfrei ausbezahlt werden. Auf die Frage, wie die Sachverständigen auf dem Verlaufe stehen, daß der Dawes-Plan erst dann als durchgeführter angesehen werden soll, wenn auch die Inmanenien-Bankdienste und Industrie-Schuldverpflichtungen auf dem Reichsmarkt untergebracht sind, antwortete der Amerikaner: Die Sachverständigen haben sich auf dem Standpunkte, daß die Verzicht seiner Auslegung bedarf. Nach unserer Ansicht ist Deutschland dann zur Ausführung des Dawes-Planes, wenn es einen balancierten Staatshaushalt ausgearbeitet hat. Ich glaube nicht, daß die offiziellen Delegierten irgendeines Landes eine solche Auslegung des Dawes-Berichtes billigen. Das wäre keine Auslegung, sondern eine neue Bedingung. Wir haben nicht geglaubt, daß die deutsche Wirtschaftseinheit erst wiederhergestellt werden soll, wenn Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Dawes-Plan bis zum Ende ausgeführt hat. Wir haben ausdrücklich die Worte gebraucht: Sobald Deutschland zur Ausführung des Dawes-Planes bereit und wir haben die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit als die Voraussetzung unserer Verpflichtungen genannt. Die Unterbringung der Inmanenien-Bankdienste und Industrie-Schuldverpflichtungen kommt erst nach dem beiden ersten Schritten in Frage, in denen Deutschlands Wirtschaft und Finanzen die große Dawes-Krise durchgemacht wird. Eines ist ganz klar, der Dawes-Plan hängt nicht daran zu leben, wenn die erste Anleihe ausbezahlt ist. Dies bedeutet nicht, daß die deutschen Reparationsleistungen der Wirtschaftseinheit hinderlich ist. Der Plan würde also nur zu leben und zu wirken beginnen, wenn man mit dieser Voraussetzung bis zur Auszahlung der Hypotheken warten wollte. In dieser Richtung gibt es gar keine Möglichkeit einer abweichenden Auslegung. Die Frage, ob die Vertreter der

deutschen Regierung zur Mitwirkung und Beschlußfassung nach London geladen werden sollten, wollte der Sachverständigen nicht beantworten, weil sie eine politische Forderung habe. Er führte aber den fünfzehnten Abschnitt des Berichtes an, in welchem es heißt: Der Erfolg des Dawes-Planes hängt von der Zusammenarbeit zwischen den Alliierten und Deutschland zur Sicherung solcher politischen Verhältnisse ab.

Die Deutschnationale Partei zur Lage

Berlin, 18. Juli.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.) Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat am Donnerstag nachmittag in einer Fraktionsitzung eingehend die Lage besprochen, die sich aus den Londoner Beratungen ergibt. Mit größter Sorge sieht die Fraktion dem Ergebnis der Londoner Konferenz entgegen, da der die deutsche Regierung nach einmal eingeladen worden ist. Wiederrum stellt sich Deutschland vor einem Diktat der alliierten Mächte. Es wird wiederum unerhörte Lasten und Verpflichtungen auf sich nehmen müssen, ohne daß die Sicherheit für die Befreiung von Rhein und Ruhr besteht und ohne daß weitere sogenannte „Sanftionen“ ausgeschlossen sind. Die militärische Räumung des besetzten Gebietes ist bisher nicht einmal zur Diskussion gelangt. Auch die Wiederherstellung der Finanzen und Währungsangelegenheiten im besetzten Gebiet scheint in unaufgeklärter Weise gerückt. Auf diese Weise wird das von den Sachverständigen aufgestellte Abkommen nicht die freiwillige Zustimmung des deutschen Volkes finden, die von ausländischen Geldgebern zur Voraussetzung der Darlehen ausgetrieben werden gemacht wird. Die deutschnationale Reichstagsfraktion erkennt dies nicht an. Sie will, das Abkommen auf solcher Grundlage zurückgenommen zu lassen. Sie werde die Maßnahmen, die nach dem weiteren Verlauf der Verhandlungen zu treffen sind, beraten und vorberaten.

Die Vertretung der Dominions auf der Konferenz

London, 18. Juli.

Kolonialminister Thomas hat heute vormittag im Interhause eine Erklärung über die Frage der Vertretung der Dominions an der Londoner Reparationskonferenz abgeben. Es habe sich um die Vertretung der englischen Regierung und der Regierungen der Dominions ein Schriftwechsel stattgefunden, aus dem hervorgegangen sei, daß es den Dominions nicht möglich geworden wäre, rechtzeitig zur Eröffnung der Konferenz Delegationen zu entsenden. Die Angelegenheit sei jetzt dahin geregelt worden, daß jedes Dominion, das an der Konferenz teilnehmen wolle, sich in einer Delegation auf dem Kontinent einrichten könne. Hierdurch würde gewährleistet, daß jedes Dominion, das dies wünsche, dauernd alle Arbeiten der Konferenz aus dem Kontinent erhalten würde. Thomas sagt dann in seiner Erklärung auch noch auf den Wunsch hin, daß die Dominions auf der Konferenz zugelassen zu werden, und stellte fest, daß auch Kanada über alles, was auf der Konferenz vorgehe, aus erster Hand informiert werde.

Macdonald will Deutschlands Eintritt in den Völkerbund

London, 18. Juli.

Es beruht, daß Macdonald daran denke, erneut diplomatische Verusche vornehmen zu lassen, um auf die deutsche Regierung im Sinne eines Eintritts Deutschlands in den Völkerbund einzumirken.

Französische Schikanen

Düsseldorf, 18. Juli.

Kurz vor Eröffnung der großen Düsseldorf-Konferenz betreiben die Franzosen die Düsseldorf-Konferenz durch Wegnahme des Sanitätspalastes aus ihren Ausstellungensräumen und zwingen die Ausstellung, nach Köln zu gehen. Gestern ist in dem Augenblick, in dem die Düsseldorf-Konferenz in Köln fertig war und kurz vor der Eröffnung stand, plötzlich in aller Eile der Sanitätspalast in Düsseldorf wieder geräumt worden. Bemerkenswert ist, daß gegenwärtig eine große Reihe alter Katernen und beschlagener öffentlicher Gebäude vollständig leer stehen, obwohl noch in letzter Zeit neue Beschlagnahmen, so auch die des Reichsgebäudes, erfolgt sind. Ein Beweis, daß es sich nur um eine 58stellige Schikane gehandelt hat.

Eine neue Konferenz in zwei Wochen

Paris, 18. Juli.

Nach dem „Chicago Tribune“ hat Herrrot Macdonald vorgeschlagen, bei der Londoner Konferenz die Deutsche Regierung zum Verhandeln zu zwingen und dann den Sachverständigen die Ausarbeitung der Einzelheiten zu übertragen. In etwa zwei bis drei Wochen solle man in Paris oder in Brüssel die Konferenz zum neuen Zusammenkommen, um die Berichte der Sachverständigen zur Kenntnis zu nehmen und zu ratifizieren.

Der dritte Konferenztag

London, 18. Juli.

(Von unserer eigenen Berichterstatter.) Die Beratungen der Londoner Konferenz werden sich heute ausschließlich auf die Interzessionen beschränken. Die Kommissionsleiter als erste heute vormittag die dritte Interzession unter dem Vorsitz Robert Bindersleys im Foreign Office zusammenzutreten. Wie verlautet, soll sie mit ihren Beratungen so weit vorgeschritten sein, daß sie in der Lage ist, der Weltöffentlichkeit eine Vorlage über die Regelung der Reparationsleistungen vorzulegen. Deswegen kann die Kommission bereits Beschlüsse über die Art der Reparationsleistungen machen, die sich mit der Verteilung der aufzubringenden Zahlungen und ihrer Verwendung in den alliierten Ländern zu beschäftigen haben werden. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten soll die Kommission beschließen, die Sachverständigen einzuladen. Wiederum wird die Einleitung eines Ausschusses vorgeschlagen. Die erste Kommission unter dem Vorsitz Eschewers wird die heutige Sitzung erst nachmittags abhalten. Die Diskussion dieses ersten Ausstufes über die ihm zur Erleichterung stellte Frage, auf welchem Wege deutsche Reparationsleistungen beschleunigt werden können, wird eine erste Ergebnis erzielt. Die zweite Kommission unter dem Vorsitz des englischen Kolonialministers Thomas hatte ihre heutige Sitzung um 11 Uhr vormittags abgeschlossen, ist aber später auf den Nachmittags vertagt worden. In dieser Sitzung wird über die Frage der Wiedergewinnung der finanziellen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands beraten werden. Die Festlegung der nächsten Volltagung der Konferenz hängt von dem Fortschritt der Kommissionsberatungen ab. Man erwartet, daß bereits am Sonnabend die Abhaltung einer Volltagung möglich sein wird.

Die Beteiligung Amerikas an der Reparationskommission

London, 18. Juli.

(Eigener Drahtbericht.) In diesen politischen Kreisen ist man der Meinung, die Erweiterung der Reparationskommission zur Festlegung deutscher Reparationen durch die Einbeziehung eines Amerikaners sei endgültig entschieden. Es sei vorgesehen, daß noch wichtige Verhandlungen stattfinden müßten, die die Festlegung einer Reparationskommission Deutschlands einen bestimmten Anhangen vorzulegen müßten, weil mit der Erweiterung der Reparationskommission nicht jede Gefahr beseitigt ist, sondern etwaige Reparationen von festgelegten Anhangen entschieden werden müßten.

Amerika und die Repko

London, 18. Juli.

In Washington wird nach einer Meldung des „Times“-Korrespondenten über die Konferenz in London ausführlich berichtet, aber noch wenig kommentiert gegeben. Im allgemeinen läßt sich die Kritik zwischen der Meinung, daß die technische Festlegung der Vereinigten Staaten zur Vertretung ihrer eigenen und der alliierten Interessen am wenigsten wäre, und der Meinung, daß nur die klare Teilnahme Amerikas an der Durchführung des Dawes-Berichtes einen Beschluß verbinden könne. Die Demokraten sind es besonders, die diese Meinung vertreten. Ammoniten ist der Vorsitz der Vereinigten Staaten, sich an der Repko zu beteiligen, nicht notwendig zu erklären, dazu werde nämlich die Zustimmung des Kongresses erforderlich, und der gegenwärtige Kongreß, dessen letzte Tagung im September beginnt, habe keine Aussicht, für eine Genehmigung einer solchen Forderung, der Vereinigung, daß nur auf diese Weise Amerika einen neutralen und unparteiischen Sturz zwischen England und Frankreich steuern könne, wird allgemein mit dem Argument begegnet, daß diese Stellung einer Frage zwischen England und Frankreich entspricht. Daher müsse ein anderer Weg gefunden werden. Die Einsetzung eines Amerikaners als Vorsitzenden der Repko würde Amerikas als Vorsitzenden der Repko, die die Einsetzung der Vereinigten Staaten finden, und zwar wieder vorzuziehen für den Vorrang in Bezug auf den Vorrang. Es wird hinzugefügt, daß die republikanische Partei einen er-

